

## **Gegen jeden Antisemitismus – gegen die Empathielosigkeit der okzidentalen Ideologie**

(1. November 2023)

1. Der mörderische und bestialische Terror der Hamas gegen die multiethnische Bevölkerung Israels (jüdische wie nichtjüdische Menschen) am 7. Oktober hat zur Konsequenz, dass die Hamas militärisch und politisch entmachtet werden muss. Der Staat Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung und es gibt keinen Grund, sich nicht solidarisch zu zeigen. Einwände gegen die zuletzt rechtsextreme Regierung Israels dürfen kein Vorwand sein, Terror, Mord und Entführung zu relativieren.
2. Der palästinensisch-israelische Konflikt hat einen vielschichtigen Kontext, dessen historische Dimension ursächlich mit Europa verbunden und dessen gegenwärtige Dimension durch eine Besatzungspolitik des israelischen Staates geprägt ist. Wer auf diesen Kontext verweist, ist nicht automatisch antisemitisch, auch wenn es antisemitisch intendierte Kontextualisierungen tatsächlich gibt. Jede Kontextualisierung muss die Möglichkeit einer antisemitischen Instrumentalisierung der eigenen Position erwägen und kann sich nicht ahnungslos geben.
3. Die Kritik an den militärischen Handlungen Israels ist verkürzt und einseitig, wenn nicht auf die Verbrechen der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung hingewiesen wird, wenn nicht gesagt wird, dass Hamas die Zivilbevölkerung des Gaza-Streifens in Geiselhaft zwingt, wenn unerwähnt bleibt, dass der Staat Ägypten sich weigert, seine Grenzen gegenüber dem Gaza-Streifen zu öffnen.
4. Ungeachtet dessen bleibt für eine universalistische Linke unverhandelbar, dass kriegerisches Vorgehen eines Staates gegen eine Zivilbevölkerung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, selbst wenn diese Zivilbevölkerung feindlich gesinnt sein sollte. Das gilt selbstverständlich auch für Hamas, die täglich die Zivilbevölkerung Israels mit Raketen beschießt.
5. Wir unterstützen diejenigen Gruppen in Israel, die einen gerechten Ausgleich und Frieden wollen. Wir weisen auch darauf hin, dass es in vielen Staaten der Region nur wenig zivilgesellschaftliche Möglichkeiten für ein vergleichbares Anliegen gibt. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass im jetzigen Konflikt Hamas unterstützende Kräfte beabsichtigen, jede Form von Demokratie und jedes emanzipatorische Projekt zu beseitigen. Das haben sie insbesondere am 7. Oktober gezeigt, als sie jene Menschen ermordeten, die den Ausgleich mit den Palästinenser\*innen gesucht haben. Eine anti-imperialistische stereotype Haltung „Der-Feind-meines-Feindes-ist-mein-Freund“ ist politisch naiv, ethisch verantwortungslos und (spätestens jetzt) kein Bestandteil eines emanzipatorischen linken Projekts.
6. Wer naiv – gegebenenfalls aus Unkenntnis der komplexen Ursachen dieses Konfliktes – einseitige Solidaritätsadressen verkündet, trägt zu einer Indifferenz gegenüber antisemitischen wie rassistisch-antiarabischen Intentionen bei. Wer Antisemitismus aus antiimperialistischen Gründen nicht verurteilen will, ist nicht mehr Teil eines emanzipatorischen (linken) Projekts.
7. Wir erachten – nicht nur im deutschsprachigen Raum – als unannehmbar, dass Jüd\*innen sich nicht ohne Angst frei bewegen können. Wir erachten die weltweiten antisemitischen Aktionen und Pogrome als unannehmbar. Sie sind durch den Kontext des israelisch-palästinensischen Konfliktes nicht entschuldbar. Ein militanter, weil konsequenter Antifaschismus versagt, wenn er nicht auch hier praktische Solidarität zeigt.

8. Dennoch: Die Empathielosigkeit mit dem Schicksal arabischer Zivilist\*innen ist erschreckend und bestenfalls die unbewusste Folge einer westlichen Form von Rassismus. Dieser Rassismus erzeugt ein imaginiertes Gegenbild zu seiner angeblich global überlegenen, aufgeklärten und vernünftigen Rationalität. Einerseits ist er strukturell für regionale Lebensbedingungen im globalen Süden verantwortlich, die auch den Nährboden einer Ideologie wie die der Hamas bereiten. Andererseits erlaubt dieser Rassismus, die westlich-neoliberale Tendenz zur zivilisatorischen Barbarei zu leugnen und dem globalen Süden in die Schuhe zu schieben (Klimakrise, Stellvertreterkriege, ungerechte Ressourcenausbeutung, koloniale Verhältnisse).
9. Wir verurteilen die Instrumentalisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts im „freien Westen“ um andere Rechnungen im hiesigen Diskursfeld zu begleichen. Der Umgang mit „Fridays for Future“ oder mit postkolonialen Positionen in Deutschland und Österreich ist entlarvend. Hier werden die erschütternden Ereignisse als Vorwand genutzt, um innergesellschaftliche Konflikte (Klimakrise, Postkolonialismus) und notwendige Debatten des gesellschaftlichen Wandels zu discredieren und zu verhindern.
10. Das zeigt sich insbesondere auch in den Reaktionen auf den ‚bio-deutschen‘ Antisemitismus (Ai-wanger-Affaire, Attentat von Halle etc.), der in der deutschen gesellschaftlichen Debatte nicht als Ausdruck hiesiger Verhältnisse verstanden werden will.
11. Das kollektive Absaufen-lassen tausender geflüchteter Menschen im Mittelmeer oder die Verschärfung der Gesetze gegen die Migration ist das zivilisatorische Armutszeugnis für diejenigen, die jetzt in den Medien beinahe jegliche Solidarität mit den Menschen im globalen Süden als antisemitisch verurteilen: Eure verantwortungslose Rhetorik ist selbst Teil einer allgemeinen Barbarisierung.
12. Für eine universalistische Linke sind Menschenrechte unteilbar und sie weiß zugleich um die welthistorische, einzigartige Bedeutung der Shoah, sie zeigt sich solidarisch mit Jüd\*innen weltweit, sie insistiert auch darauf, dass die Sicherheit von Jüd\*innen nicht ohne die Berücksichtigung der Interessen der palästinischen Bevölkerung zu verwirklichen ist. Wer das als antisemitisch ansieht ist nicht guten Willens und missbraucht die an sich unabdingbare Kritik an der relativierenden Schlagseite zahlreicher Erklärungen, um notwendige Forderungen, etwa in Bezug auf die Klimakrise oder den Rassismus, mundtot zu machen. Es sind die falschen Freunde Israels und sie sind ebenfalls Teil des Problems.

\* *Die Universalistische Linke ist eine lose Assoziation von Einzelpersonen aus Berlin, Cork, Frankfurt am Main, Hamburg, Klagenfurt, Ludwigshafen/Mannheim, Marbach a.N., München, Stuttgart und Wien, die die Debatten über Antisemitismus, den Israel-Palästina-Konflikt und den globalen Süden nach dem 7. Oktober innerhalb des Diskursfeldes sowohl der alten wie der neuen Linken als problematisch bis unerträglich erachten. Sie will keine neue Strömung oder gar eine neue Partei sein, sondern wir kommen aus dem Kontext des sogenannten Städtetreffens, das seit Anfang der 1990er Jahre ein Ort der Debatte und des gemeinsamen Handelns ist.*

Kontakt und Anfragen an:  
staedtetreffen@posteo.net